

seitigen Luftinspektion zwischen den USA und der UdSSR, unter Einbeziehung der Kontrollmethode des sowjetischen Vorschlags; der französische Außenminister vertrat weiterhin den Gedanken der Budgetkontrolle gleichfalls ohne materielle Abrüstung; der englische Außenminister verwandelte den Plan der Errichtung einer kontrollierten Zone der beschränkten Rüstung in einem vereinbarten Gebiet beiderseits der Demarkationslinie zwischen DDR und Bundesrepublik in eine solche beiderseits der Ostgrenze eines wiedervereinten Deutschlands, wobei jede Seite auf dem Territorium der anderen, im neutralen Inspektionsgebiet also, das Radarwarnsystem benutzen sollte. Eine solche Verschiebung der Demarkationslinie von der Elbe an die Oder hätte die „kalte“ Ausdehnung der NATO-Herrschaft auf die Deutsche Demokratische Republik und die Errichtung eines legalen Spionageapparates in Westpolen bedeutet und ähnelte in dieser Hinsicht dem amerikanischen Vorschlag einer Kontrolle des Entwicklungsstandes der UdSSR „von oben her“ ohne vorherige Abrüstung. Die Sowjetunion, die auch auf der zweiten Genfer Konferenz ihren auf die englisch-französischen) Vorschläge vom Juni 1954 aufbauenden Vorschlag vom 10. Mai 1955 verfocht, fügte dem Gedanken einer Einstellung aller Versuche mit Atom- und thermonuklearen Waffen die Anregung einer Verpflichtung der vier Großmächte hinzu, nicht als erste die Atom- und Wasserstoffwaffen gegen ein beliebiges Land einzusetzen sowie gegeneinander nicht zur Gewalt zu greifen. Im übrigen empfahl der sowjetische Außenminister die gemeinsame Erörterung aller vier Vorschläge auf der Konferenz. Auch das wurde abgelehnt und der Fortgang der Abrüstungsdebatte auf diplomatischem Wege vereinbart.

Trotz der Verhinderung konkreter sachlicher Ergebnisse legte der englische Außenminister Wert darauf festzustellen, es habe „eine ziemlich breite Zone der Übereinkunft“ gegeben, und auch der amerikanische Staatssekretär betonte den „konstruktiven Charakter“ des Meinungs austausches. Der in der Weltfriedensbewegung manifestierte Wille der Völker, die zunehmende Isolierung der aggressiven Kräfte bei den letzten europäischen Wahlen, das Wachsen der Arbeiterbewegung an Zahl, Disziplin, Kühnheit und Reife, nicht zuletzt die Solidarität der sozialistischen Länder und die Autorität ihrer Friedenspolitik bei großen, in nicht sozialistischen Staaten lebenden Völkern sowie die stürmische Entwicklung des kolonialen Befreiungskampfes begrenzten eben die Möglichkeiten einer rein obstruktiven imperialistischen Politik. Auch imperialistische Politiker können sich unter solchen Umständen dem Wert des Verhandeln und der dabei stets für gutwillige Partner gegebenen Möglichkeit positiver Lösungen — und seien es selbst Teillösungen — nicht verschließen. Das bewies auch die zweite Genfer Konferenz der vier Großmächte.

Natürlich waren im Kreise der miteinander durch den Warschauer Vertrag vom 14. Mai 1955 verbundenen acht europäischen Staaten auf der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses am 27. und 28. Januar 1956 sehr viel rascher und sehr viel leichter neue konstruktive Vorschläge zu erarbeiten. So wurde z. B. der Vorschlag erarbeitet, daß die auf dem Territorium Deutschlands stationierten Streitkräfte, darunter auch die bewaffneten Kräfte der beiden deutschen Staaten, nicht mit Atomwaffen ausgerüstet und daß alle Streitigkeiten zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Staaten nur mit friedlichen Mitteln geklärt werden. Kurz vor Beginn der Prager Beratung hatte Ministerpräsident Grotewohl der Regierung der Bundesrepublik u. a. Vereinbarungen über die Beschränkung der militärischen Kräfte in beiden Staaten und Bemühungen um Verminderung der ausländischen Truppen da wie dort, insbesondere aber die Verwandlung ganz Deutschlands in das Zentrum einer europäischen Friedenszone vorgeschlagen — Vorschläge, die der Bonner Kanzler als „absurd“ zurückwies. Das ist derselbe Kanzler, der in Punkt III des Petersberger Abkommens der Deutschen Bundesrepublik mit den USA, Großbritannien und Frankreich am 22. November 1949 wider besseres Wissen versicherte: „Die Bundesrepublik erklärt ihre feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung

irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern“. Adenauers offenerzügigere Reaktion auf die Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Januar 1956 ist nicht verwunderlich, wenn man sich der Worte des von ihm zum Chef des militärischen Führungsrates ernannten Kriegsverbrechers Heusinger erinnert, der unter Hitler Chef der Operativen Abteilung im OKH war und der in den „Bonner Heften“ vom 15. Oktober 1955 schrieb: „Angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet. Mit dieser Kampfmethodik sollte der Westen dem Osten gegenüber treten“. Es ist klar, daß aus solcher Konzeption nicht Pläne der allgemeinen Abrüstung entstehen mit dem Ziel, dadurch die von den Pariser Verträgen und der Bonner Remilitarisierung blockierte Straße zur Wiedervereinigung Deutschlands leichter zugänglich zu machen, sondern umgekehrt der Wunsch, ein Fiasko der allgemeinen Abrüstungs Bemühungen durch die ultimative Forderung herbeizuführen, vor dem Weltproblem des Friedens das deutsche Problem der Wiedervereinigung zu lösen — genauer gesagt, dieses innerdeutsche Problem von außerdeutschen Mächten entsprechend den Interessen in- und ausländischer Monopolherren „lösen zu lassen“.

Der Versuch dieser vom derzeitigen Bundeskanzler vertretenen Kräfte, auch die Abrüstungsverhandlungen durch die Forderung des Vorrangs für eine (aggressive) Lösung der innerdeutschen Frage zu blockieren und zum Scheitern zu bringen, belastete die Genfer Verhandlungen und ist gegenüber den am 19. März 1956 wiederaufgenommenen Besprechungen des UN-Abrüstungsunterausschusses erneut unternommen worden, offensichtlich aber am Realismus der englischen Regierung gescheitert. Nach dem, was bei Beginn der Londoner Abrüstungsdebatten bekannt war, hat die neue französische Regierung sich mit der britischen über eine Grundposition verständigt, die Premierminister Mollet so formulierte: „Weder eine Kontrolle ohne Abrüstung, noch eine Abrüstung ohne Kontrolle, sondern eine allmähliche Abrüstung, die unter den heutigen Bedingungen kontrolliert werden kann“<sup>10</sup>). Diese Position, die realistische Kompromißmöglichkeiten in sich birgt, hat wegen eines zu weitherzigen Entgegenkommens gegenüber den bisher bekannten sowjetischen Kompromißvorschlägen den Unmut des amerikanischen Vertreters hervorgerufen, ohne daß deswegen die französisch-englische Konzeption auf gegeben wurde. Die Völker der Welt — nicht zuletzt wir Deutschen, deren Land und Leben besonders bedroht ist — hoffen, daß die optimistischen Erwartungen, die Präsident Eisenhowers letzter Brief an N. A. Bulganin erwecken konnte, schließlich von den Handlungen seines Vertreters im Abrüstungsunterausschuß doch noch bestätigt werden.

Als das Büro des Weltfriedensrates Mitte Dezember vorigen Jahres die außerordentliche Sitzung einberief, die nun vom 5. bis 9. April 1956 in Stockholm stattfinden wird, und das Thema Abrüstung als einziges auf die Tagesordnung setzte, sprach gewiß schon vieles dafür, daß eine schrittweise Beseitigung des trotz verminderter Spannungen fortgesetzten Wettrüstens als des heutigen Haupthindernisses für erfolgreiche Verhandlungen zwischen den vier Großmächten und damit auch eine leichtere Lösungsmöglichkeit für viele andere Fragen jetzt endlich von den Völkern durchgesetzt werden könnte. Inzwischen hat die Entwicklung der Initiative des Weltfriedensrates vielfältig recht gegeben. Man denke nur an die Worte des italienischen Staatspräsidenten Gronchi, der bei seinem Staatsbesuch in den USA vor dem amerikanischen Kongreß das Wettrüsten als einen „tragischen Luxus“ verurteilte, und an die Erklärung des französischen Außenministers Pineau vor 300 Journalisten, man müsse der internationalen Abrüstung den Vorrang geben, sonst komme man nicht aus der Sackgasse heraus.

Die Chance, aus der Sackgasse der Kriege herauszukommen, unter den heutigen Bedingungen erstmals objektiv möglich, war noch nie so groß wie gegenwärtig. Es hängt von der Entschlossenheit der Völker ab, ob demnächst eine internationale Abrüstungskonvention Norm und Wirklichkeit wird. Möge die Stockholmer Tagung des Weltfriedensrates die Völker der Welt in dieser Entschlossenheit stärken!

10) „Neues Deutschland“ vom 20. März 1956.